

“DER LUPENREINE JUSO DEMOKRAT”

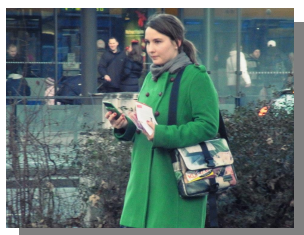


Nr. 116 - Ausgabe Oktober 2013

Newsletter der Jusos Sachsen

*“Ich wart seit Wochen, auf diesen Tag
und tanz vor Freude, über den Asphalt
Als wär's ein Rythmus, als gäb's ein Lied
Das mich immer weiter, durch die Straßen zieht”*

So oder so ähnlich haben wir uns das im Wahlkampf und vor der ersten Hochrechnung am 22. September gedacht. Tausende Haustüren, zehntausende Flyer, ungezählte Infostände, Brötchentüten, Frühverteilkaktionen. Ganz ehrlich: Wir haben alles gegeben. Es war ein toller Wahlkampf! Wir können verdammt stolz sein.



*“An Tagen wie diesen, wünscht man sich Unendlichkeit
An Tagen wie diesen, haben wir noch ewig Zeit
Wünsch ich mir Unendlichkeit”*

Leider - und das gilt in akustisch-ästhetischer als auch in politischer Hinsicht - hat am Ende die CDU dieses Lied geschmettert, beflügelt von einem überragenden Wahlerfolg. Es gibt keinen Grund es zu leugnen: Wir haben allen Grund enttäuscht zu sein. Ein spitzen Regierungsprogramm, ein spitzen Wahlkampf - kein Spitzenergebnis.

Das könnte uns jetzt alle runter ziehen,

ABER: Es gibt da diese eine magische Zahl, die uns hoffen lassen kann: **8 PROZENT** - **acht** Prozent haben wir bei den jungen Wählerinnen und Wählern zugelegt.

*“Das hier ist ewig, ...
Wir steh'n nicht still, ...”*

Wir haben eine Landtagswahl vor uns die sicher nicht leicht sein wird. Sachsen ist pechkohlrabenschwarz. **ABER:** Das Potenzial ist auf unserer Seite. Wir können zulegen. Wir können mit guten Inhalten junge Menschen überzeugen. Wir können mit kreativen Aktionen junge Menschen ansprechen. Deswegen lasst uns weiter kämpfen, nicht stoppen, weiter planen, neue Ideen entwickeln. Kommt zahlreich zur Diskussion der Jugendthesen für den Landtagswahl am 13. Oktober in Dresden. Wir brauchen eure Ideen! Wir brauchen euch!

Bei uns ist doch noch lange “kein Ende in Sicht”

Eure Katharina

Inhalt

Termine.....	2
Juso des Monats.....	2
Pro / Contra Koalitionsoptionen.....	3
Die Chancen einer großen Koalition!.....	3
Erkennt die Realität an!.....	4
Pro Opposition.....	5
Sozi spricht.....	6
Die Totengräber der Demokratie....	6
Bundesverband.....	7
Das WIR entscheidet: Wie es nach der Bundestagswahl weitergeht – Neues aus dem Bundesverband.....	7
Landesverband.....	9
Wahlanalyse für Sachsen aus sozialdemokratischer Sicht.....	9
Der JN die Tour vermasseln – am 5. Oktober in Döbeln.....	11
Landesarbeitskreise.....	12
Europa und Internationales – Ausschreibung Brüsselfahrt	12
Unterbezirke und JHGen.....	13
UB Dresden.....	13
SV Leipzig – Hupen für den Wechsel.....	14
Juso-Hochschulgruppen Sachsen – Semesterstart!.....	15
Quiz-Satire-Ecke.....	16
Das bunte Juso-Quiz.....	16
Zitat des Monats.....	16
Quizauflösung.....	17
Team & Redaktionsschluss nächster Newsletter.....	18

Termine

Mo., 07.10., 18.30 Uhr

Juso-Landesvorstand
SPD-Regionalgeschäftsstelle
Rosa-Luxemburg-Str. 19-21, 04103
Leipzig

Sa., 12.10., 10.00 Uhr

**Landesparteitag der SPD
Sachsen**
Ernst-Roch-Straße 4, 09456
Annaberg-Buchholz

So., 13.10., 11:00 Uhr

Erweiterter Landesausschuss
Ausländerrat Dresden e.V.
Heinrich-Zille-Straße 6
01219 Dresden



So., 13.10., 11:00 Uhr

**Jugendthesen für das
Regierungsprogramm**
Ausländerrat Dresden e.V.
Heinrich-Zille-Straße 6
01219 Dresden

Juso des Monats – Benjamin Zabel

Von Marie Nele Wolfram
marienele.wolfram@gmx.de

Die letzten Monate waren für Benjamin Zabel die Stressigsten seines Lebens, aber vielleicht auch die Aufregendsten und Interessantesten. Als jüngster sächsischer Bundestagskandidat erzielte er im Vogtlandkreis das beste Erststimmenergebnis in ganz Sachsen, ein Spitzenergebnis - auch wenn es nicht reichte.

Benjamin kandidierte zum ersten Mal, ist 25 Jahre alt und bekam auf Anhieb 20,7 %. Das lag auch an seinem Top-Wahlkampf, den er Tag für Tag führte, Woche für Woche organisierte und dabei niemals schlapp machte. Unterstützend zur Seite stand dem jahrelangen Juso-Vorsitzenden des Vogtlandes natürlich auch sein Junges Team. Jeden Tag klingelte er an Türen, besuchte Unternehmen, Ben war immer präsent.



Selbstverständlich ist das nicht, denn die Umstände könnten besser gewesen sein. Auf der Landesliste fand man seinen Namen erst auf Platz Neun, der Bundestagskandidat der CDU gewinnt seit Jahren haushoch. Auf der anderen Seite überrascht das Ergebnis kaum: als Stadtrat und Gründer des Jugendparlamentes, als Aktiver in Sachen Rechtsextremismus und Plauerer SPD-Vorsitzender schien die Kandidatur einfach der nächste Schritt in seinem Lebenslauf.

Von der Bekanntgabe bis hin zum Wahltag gab es auch einige, die auf Grund Bens jungem Alter an seiner Kandidatur gezweifelt haben. Auch deshalb machen wir

Benjamin hiermit zum Juso des Monats: weil er gezeigt hat, dass man auch als junger Kandidat etwas erreichen kann, ja sogar mehr erreichen kann als die Älteren. Dafür vielen Dank, lieber Ben!

Pro / Contra Koalitionsoptionen

An dieser Stelle möchten wir die Möglichkeiten zur Koalitionsbildung, die sich der SPD momentan auf Bundesebene bieten, diskutieren. Dazu sollte es drei Artikel geben, die alle FÜR etwas sind: FÜR die große Koalition, FÜR rot-rot-grün, und FÜR weitere vier Jahre in der Opposition. Die Autoren sind dieser Bitte nachgekommen – das heißt aber auch, dass die Inhalte der Texte nicht in jedem Fall mit deren Meinung übereinstimmen müssen.

Die Chancen einer großen Koalition!

Von Tommy Jehmlich

tommy.jehmlich@jusos-sachsen.de

Die Situation ist verfahren. Bereits am Wahlabend war das allen bewusst. Eine große Koalition bedeutet eine marginalisierte Opposition. Das ist selten gut für die Demokratie und wovor viele in der SPD noch mehr Angst haben, nicht gut für unsere Partei. Aber warum eigentlich?

Wir haben gesehen, wie Merkel erst die SPD als kleineren Koalitionspartner zum schlechtesten Wahlergebnis seit Gründung der Bundesrepublik geführt hat und wie vier Jahre später das gleiche mit der FDP passierte. Aber dieser Zusammenhang, der so offensichtlich ist, kann so falsch sein, wie die Korrelation der Anzahl Neugeborener Menschenkinder zur Storchpopulation (welche uns bekanntermaßen die Babys bringen^^).

Das Wahldebakel von 2009 war nicht das Resultat der schlechten Regierungsarbeit, sondern der nachhallende Vertrauensverlust einer verfehlten Politik. Nur diesmal hatten wir nicht mehr das Zugpferd Schröder, das im Wahlkampf einen 20%-Rückstand aufholen konnte. Damals (und in diesem Jahr) landeten wir beim gefühlt fairen Ergebnis unserer unrevidierten Agenda-2010-Politik.

Wir mussten feststellen, dass uns nach wie vor die Person fehlt, die glaubhaft und vertrauensvoll eine neue SPD repräsentieren kann, die wieder an die (ganz) alten Werte anknüpft - also den Schutz der arbeitenden Bevölkerung mit durchschnittlichem oder unterdurchschnittlichem Einkommen. Eine



solche Führungsperson, die wieder für das soziale Gewissen in der SPD steht, fehlt uns auf Bundesebene. Und das zeigt signifikant auch diese Wahl! Da hatten wir scheinbar doch das richtige Programm (immerhin haben fast alle unsere Wähler uns der Inhalte wegen gewählt), aber man traut uns doch nicht, dass dieses Personal es auch umsetzt!

Wir müssen uns also dieses Vertrauen wieder zurück erarbeiten! Und wie könnten wir das außerhalb der Regierung?! In dem Fall stimmt Münteferings Aussage: Opposition ist Mist! Wollen wir wirklich die grünen in eine Regierung schicken, in der sie den Mindestlohn umsetzen? Während wir nur von den Zuschauerrängen uns mit der Linkspartei prügeln, wer eigentlich zuerst die Idee hatte! Wollen wir sehen, wie ein gerechtes Steuersystem ohne uns eingeführt wird (nachdem wir es so ungerecht gemacht haben)? Wollen wir, dass andere die Energiewende versauen, obwohl wir die Expertise hätten? Wollen wir Merkel und den Grünen den Umgang mit dem „Neuland“ überlassen, während wir die Antworten haben?

Wir wollen Inhalte umsetzen. Genau dafür sind wir angetreten! Und mit wem und unter wem wir die umsetzen, sollte eigentlich zweitrangig sein. Wir sind in der SPD, weil wir die Grundwerte gut finden und nicht, weil wir immer gewinnen wollen, auch wenn wir nach wie vor den Führungsanspruch haben. Eine Regierungsbeteiligung hat also nichts mit Staatsräson zu tun, sondern etwas mit Verantwortung. Aber eben nicht gegenüber dem Staat, sondern gegenüber unseren ureigenen Wählerinnen und Wählern und all jenen, die zwar nicht zur Wahl gegangen sind oder sich abgewendet haben, aber die weiterhin unsere

Hilfe und unseren Zuspruch in der Regierung brauchen!

möglicherweise (je nach dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen) vorzuziehen!

Das ändert im übrigen nichts daran, dass es ganz andere Regierungsalternativen gibt und diese sind

Erkennt die Realität an!

Magnus Neubert

magnus.neubert@bahra.de

In der jüngsten Ausgabe seiner Wochenzeitung "der Freitag" erinnert Jakob Augstein in einem Leitartikel an das Jahr 1969. Damals, die Älteren unter euch werden sich vielleicht noch erinnern, ging die CDU/CSU unter Kiesinger als stärkste Kraft aus der Bundestagswahl hervor. Dennoch erdreistete sich die SPD an der Union vorbei eine Regierung mit der FDP zu bilden. Das Entsetzen auf Seiten der Konservativen war dem entsprechend. Tenor: die SPD würde den Wählerwillen ignorieren. 44 Jahre später: Die Union fährt ein triumphales Wahlergebnis ein, das linke Lager hat zwar eine Mehrheit im Bundestag (und im Bundesrat), ist aber zu tiefst gespalten und obwohl CDU/CSU die absolute Mehrheit verpasst hat, schreiben die Meinungsführer dieser Republik eine dritte Amtszeit von Angela Merkel herbei. Tenor? Na klar: die SPD darf den Wählerwillen nicht ignorieren. Aber was ist denn des Wählers Wille? Manifestiert sich der Wählerwille nicht in parlamentarischen Mehrheiten? Und sollte man vielleicht auch den Willen derer beachten, die entweder nicht gewählt haben oder nicht durften?

Fakt ist eines: die Union ist nicht die stärkste Kraft im Bund. Die stärkste Kraft sind die Nichtwähler. Mit einer Größe von 17,6 Mio. (von den etwa 9 Mio. nichtwahlberechtigten Migrantinnen ganz zu schweigen) sind sie es zumindest quantitativ. Fakt ist aber auch, dass ihnen kaum Beachtung entgegen gebracht wird, erst recht nicht bei den Koalitionsüberlegungen der SPD. Das ist gefährlich. Denn schaut man sich die Bevölkerungsgruppe der Nichtwähler etwas genauer an, fällt auf, dass 60% von ihnen dem untersten

Zehntel der Einkommensstatistik angehören. Es gehen also diejenigen nicht zur Wahl, die gesellschaftlich abgehängt wurden und keine mehr Perspektive haben. Das sind die Menschen, für die die SPD erfunden wurde. Wenn wir noch nicht einmal unser Kernklientel davon überzeugen können, uns zu wählen, wie soll denn künftig eine linke Mehrheit mit einer starken SPD zu stande kommen? Der Grund, warum diese Menschen nicht wählen gehen (und die SPD schon gar nicht), ist, dass sie das Vertrauen in die Demokratie im Allgemeinen und speziell in die Sozialdemokratie verloren haben. Wie oft wurde mir im Wahlkampf, ob an der Tür oder auf der Straße, vorgeworfen, dass wir zwar ein gutes Programm hätten, davon aber nach der Wahl nichts umsetzen würden.

In einer rot-rot-grünen Koalition haben wir nun die Chance die Fehler der letzten 15 Jahre zu revidieren und wieder Vertrauen zu gewinnen.

Den Schwachen wieder eine Stimme geben ist das Eine. Das Andere ist, das Ganze in den Fokus zu rücken. Wir haben einen umfassenden Gesellschaftsentwurf. Wir wollen wieder einen Bund zwischen Starken und Schwachen. Wir wollen eine Gesellschaft, deren Mitglieder sowohl vor staatlicher Repression als auch vor ökonomischen Zwängen geschützt werden. Wir wollen ein Volk guter Nachbarn sein. Wir sind überzeugt vom Primat der Politik. All das eint uns mit Grünen und Linken. Diese gemeinsame Wertgrundlage fehlt allerdings bei CDU/CSU. Nun könnte entgegnet werden, dass wir auch in einer großen Koalition einige Kernforderungen durchgesetzt bekämen. Mag sein. Aber das Gesamtpaket ist entscheidend.



Was nützt ein Mindestlohn, wenn Tariflöhne, Renten und Sozialleistungen nicht ebenfalls deutlich erhöht werden? Was nützen Steuererhöhungen für Besserverdienende, wenn das Geld nicht in Bildung und Infrastruktur investiert wird? Was nützt eine Lockerung der Sparrufen für Südeuropa, wenn Deutschland nicht seine Exportüberschüsse abbaut? Nichts.

Die Mär von einer regierungsunfähigen Linkspartei hat nun ein Ende. Momentan würde ein Linksbündnis eher an SPD und Grünen scheitern. Vielleicht ist eine rot-rot-grüne Koalition nicht des Wählers Wille, aber es ist auch weder die Aufgabe des Parlamentes den Wählerwillen zu interpretieren noch sich danach zu richten. Die Aufgabe des Parlamentes ist es, im Interesse der Allgemeinheit zu handeln.

Pro Opposition!

Marcel Hasselhorst
mhasselhorst@web.de

Fast die Hälfte der BürgerInnen wünscht sich die große Koalition. Schon bevor auch nur Sondierungsgespräche beschlossen wurden, war die mediale Botschaft für den Fall, dass sich die SPD dieser verweigern könnte, klar: Die SozialdemokratInnen sind pflichtvergessen, gerade während der Euro-Krise stabile Verhältnisse aus Eigeninteresse zu verhindern, ignorieren den WählerInnenwillen und scheuen sich offensichtlich davor, Regierungsverantwortung zu übernehmen. Doch das Gegenteil ist der Fall – nur wenn die SPD nun in der Opposition bleibt, entweder weil die Realos der Grünen den Richtungsstreit gewinnen und eine Koalition mit Merkel möglich machen, oder weil sie eine CDU-Minderheitsregierung toleriert, respektiert sie das Votum ihrer *eigenen* WählerInnen. Denn nur auf diese 25,7% kommt es an. An dieser Stelle könnte man entgegenen, dass eine Partei immer Politik für die gesamte Bevölkerung machen sollte, und nicht nur für das eigene Klientel. Das gilt allerdings nur, wenn sie auch an der Regierung beteiligt ist. Davor, und gerade wenn sie auch eine Minderheitsregierung der stärksten Kraft akzeptieren würde, geht es nur um



Deshalb war es falsch, ein Bündnis mit der Linkspartei vor der Wahl von vornherein auszuschließen. Nicht nur aus der Retrospektive betrachtet. Seit dem Scheitern Andrea Ypsilantis in Hessen ist bekannt, dass wir uns damit in ein machtpolitisches Dilemma manövrieren. Jetzt haben wir die Wahl: Ignorieren wir die Belange der Menschen in Deutschland und ganz Europa oder opfern wir ein unsinniges Versprechen? Ich plädiere für letzteres. Die Zeiten der SPD als alleinige Verfechterin der sozialen Gerechtigkeit sind vorbei. Erkennt die Realität an.

diejenigen, deren Stimmen sie erhalten hat. Und da 87% der SPD-WählerInnen ihr Kreuz entweder nur aufgrund politischer Inhalte oder wegen diesen *und* dem Spitzenkandidaten für die Sozialdemokratie gesetzt haben, ist klar, dass es auf diese ankommt und diese umgesetzt werden müssen. (Übrigens haben nur 52% der CDU-WählerInnen ihre Partei aufgrund politischer Inhalte gewählt – solange also Merkel an der Macht bleibt, könnte sie auch in ihren Positionen flexibel sein, ohne einen all zu großen Teil ihrer WählerInnen damit zu verprellen.) Das kleine Problem mit der großen Koalition ist, dass die Vorstellung, wir könnten unsere Inhalte in ihr zumindest größtenteils umsetzen, selbst für Menschen mit gewaltiger Fantasie absurd erscheint. Ein echter Mindestlohn hätte da noch die besten Chancen, aber das Horst Seehofer seine Unterschrift unter einen Koalitionsvertrag setzt, der sowohl das Betreuungsgeld abschafft, als auch die doppelte Staatsbürgerschaft und die Öffnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften für Adoption und Ehe ermöglicht – leider nein. Eine große Koalition unter diesen Bedingungen wäre also der Verrat an unseren WählerInnen, und das allein aus Gründen der Macht. Damit würden auch die falschen Vorurteile, dass Parteien nie halten, was sie versprechen, bekräftigt werden. Doch auch

unmoralisch betrachtet ist klar: Wenn die SPD diesen Weg gehen würde, hätte sie spätestens in vier Jahren die Quittung am Wahlabend mit einem Ergebnis, dass das von 2009 noch untertrifft.

Der Verzicht auf eine Regierungsbeteiligung würde außerdem auch aus staatspolitischer Sicht Verantwortungsbewusstsein demonstrieren: Unsere Demokratie braucht eine starke Opposition. Wenn aber 80% der Sitze im deutschen Bundestag an Regierungsparteien gehen, kann es diese nicht geben, wie ein einfaches Beispiel zeigt: Im Haushaltsausschuss hätten CDU und SPD zusammen 31 Sitze. Grüne und Linkspartei kommen jeweils auf zwei. Das ist bei weitem kein gesundes Verhältnis mehr.

Das ist ja alles schön und gut, aber was wäre, wenn die Grünen auch nicht zur Verfügung stünden? Eine Minderheitsregierung wird von der CDU selbst mit dem Argument abgelehnt, dass die daraus resultierenden instabilen Verhältnisse eine zu große Belastung für ganz Europa wären. Doch die SPD hat in der vergangenen Legislaturperiode aus der Opposition heraus den Europa-Kurs der Kanzlerin immer mitgetragen – selbst, als es so aussah, als würde sie eine eigene Mehrheit verfehlen. Es ist kaum anzunehmen, dass sie hier in Zukunft eine andere Linie fahren sollte.

Rechnerisch hat rot-rot-grün momentan eine Mehrheit im Bundestag. Der Ruf nach einer solchen Koalition war natürlich auch schon von Teilen der Basis zu hören. Doch im Gegensatz zur Situation in Sachsen ist die Linkspartei auf Bundesebene zu unberechenbar, zu sehr ideologisch gespalten und sieht die SPD zu sehr als ihren größten Feind, als das eine stabile Regierung möglich wäre. Mit nur vier Sitzen Vorsprung würde dieser Versuch schnell scheitern – und bei Neuwahlen würden wohl sowohl FDP als auch AfD ins Parlament einziehen und die Verhältnisse aus unserer Sicht noch ungünstiger gestalten. Zur Wahrheit gehört auch, dass diese rechnerische Mehrheit nur vorhanden ist, da 13,6% der WählerInnenstimmen durch die Fünf-Prozent-Hürde bedeutungslos geworden sind, und dass unter diesen nur wenige dem linken Lager zugerechnet werden können. Unser Politikangebot wurde also abgelehnt, eine linke Mehrheit gibt es momentan nur im Bundestag, nicht aber in der Bevölkerung.

Opposition ist trotzdem Mist. Aber es ist der einzige Weg, der es ermöglicht, in vier Jahren ein stärkeres Ergebnis einzufahren. Und vielleicht gibt es dann ja die linke Mehrheit in der Bevölkerung, und vielleicht sind bis dahin die Differenzen zur Linken überwunden. Diese Hoffnung lässt uns auch vier weitere Jahre mit Merkel und ohne großen Einfluss überstehen.

Sozi spricht

Die Totengräber der Demokratie

Tommy Jehmlich
tommy.jehmlich@jusos-sachsen.de

Die Vereinigten Staaten von Amerika gelten als Musterland der westlichen Demokratie. Viel mehr noch verstehen sie sich als Exporteure oder gar Missionare der Demokratie. Kriege, welche die USA gegen Despoten führten, wurden auch damit begründet, dass die Willkürherrschaft von Einzelnen durch die Demokratie ersetzt werden sollte.



Winston Churchill meinte einst: „Die Demokratie ist die schlechteste aller Staatsformen, ausgenommen alle anderen.“ Doch die amerikanischen Politiker wollen scheinbar gerade dies widerlegen. Zumindest sind Sie auf einem guten Weg.

Die Demokratie stellt per se nicht die effizienteste oder schnellste Form der Machtausübung dar. Doch in der Regel ist sie effektiv.

Der Haushaltsstreit in den USA ist in den letzten Jahren zu einem

Ritual geworden. Republikaner und Demokraten kämpfen alle paar Monate mit der drohenden Zahlungsunfähigkeit und mit ihrem eigenen Machtstreben. Das Problem daran ist, Sie bekämpfen damit den Glauben an die Demokratie – und damit bekämpfen sie die Demokratie selbst.

Demokratie heißt Herrschaft des Volkes. Es braucht also ein Volk das Willens ist, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen und zu entscheiden. Das passiert mindestens durch die Wahlen von Vertreter/innen, die den Willen des Volkes – oder zumindest ihrer Wähler/innen repräsentieren sollen. Grundlegend will das Volk aber eine verlässliche Regierung. Eine, die sich um ihre Sorgen kümmert und die Lebensverhältnisse verbessert.

In den USA sehen wir jedoch politische Akteure, die genau diesem Willen nicht folgen. Sie betreiben Ränkespiele, opfern die Jobs und den damit verbundenen Lebensunterhalt von unzähligen Staatsbediensteten. Statt der Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes schafft die Herrschaft des Volkes eine augenscheinliche Verschlechterung. Statt Effektiver Bekämpfung von Missständen werden neue geschaffen und Gräben vertieft.

Wer könnte also noch behaupten, dass die USA ein Vorzeigeland der Demokratie sind? Vielmehr werden Sie die Politikverdrossenheit schüren. Wobei Politikverdrossenheit heißt hier: Demokratieverdrossenheit. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die ersten großen Bewegungen im Volk gegen die Demokratie und deren hauptamtliche Vertreter/innen wenden werden. Da nutzen dann auch Slogans ala „Yes we can“ nichts mehr. Denn

augenscheinlich kann gerade niemand mehr etwas, und schon gar nicht der Präsident.

Erschreckenderweise zeigt momentan, dass es einer zweiten Demokratie nicht anders ergeht. Italien wird wieder einmal von dem alten Medienmogulen Silvio Berlusconi erschüttert. Statt sich im politischen Geschäft des alten Geistes ein für alle mal zu entledigen, spukt er weiterhin mit einer schier unüberwindlichen Ausdauer im Parlament herum und scheint wieder eine Regierung zu Fall zu bringen.

Diese Vorgänge sollten auch uns zu denken geben, wenn wir daraus Lehren für die Demokratie in Deutschland ziehen wollen.

Es gibt wohl keine Staatsräson der man folgen muss. Doch es gibt eine Verpflichtung dem Volke gegenüber. Es gibt den Parteien die Macht im Sinne ihrer Programme Politik zu betreiben. Es gibt Ihnen aber (in der Regel) keine Macht alles zu blockieren und den Menschen zu schaden. Und manchmal muss man über seine ideologischen Schatten springen, um tragfähige Regierungsverantwortung übernehmen zu können. Dazu muss im Bundesrat wie Bundestag eine Mehrheit bestehen oder eine Zusammenarbeit der Gremien möglich sein. Mit einer rot-grünen Mehrheit nach der Bundestagswahl wäre das kein Problem gewesen. So aber muss – auch für die Zukunft – geklärt werden, wie Erweiterungen über dieses Bündnis möglich sind, um Stillstand zu vermeiden.

Im übrigen heißt „mit dem Volk“ zu regieren, nicht das die von Umfragen präferierte Koalition zustande kommt, sondern dass „im Sinne“ des Volkes eine Regierung agiert, die eine Mehrheit im Parlament hat. So einfach kann dann wiederum Demokratie sein.

Bundesverband

Das WIR entscheidet: Wie es nach der Bundestagswahl weitergeht – Neues aus dem Bundesverband

Matthias Ecke
matthias_ecke@web.de

Die Fakten

Sie sind schnell erzählt: 25,7%, + 2,7%, 11.247.283 WählerInnen, 1.256.795 mehr als 2009, 192 Sitze. Ein insgesamt ernüchterndes Ergebnis.

Interessantere Details: Bei den Jung- und ErstwählerInnen zwischen 18 und 24 Jahren haben wir um 6% zugelegt, bei den jungen Erwachsenen zwischen 25 und 34 Jahren um 5%. Der Zuwachs der WählerInnen im Juso-Alter ist also gut doppelt so hoch wie im Schnitt. Darauf dürfen wir Jusos auch stolz sein, denn wir haben dafür gesorgt, dass jugendorientierte Forderungen prominent im Programm vertreten sind, und wir haben einen

engagierten und coolen Jugendwahlkampf gemacht. Soviel Eigenlob darf sein! ☺

Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass wir v.a. der Inhalte wegen gewählt werden. Nur 8% wählten die SPD wegen Peer Steinbrück, aber 55 ausschließlich wegen der Inhalte. Das zeigt, dass die Glaubwürdigkeit der SPD vor allem daran gemessen werden wird, wie sie mit diesen Inhalten umgeht.

Die Gründe

Noch ist dieses Ergebnis schwer zu erklären. Ich beanspreche auch nicht den Stein der Weisen, in den nächsten Wochen werden wir im Juso-Verband und in der Partei das Ergebnis ausgiebig diskutieren. Drei Denkanstöße aber vorweg. Erstens waren die Ansprüche sehr hoch, vielleicht zu hoch. Ein sensationelles Comeback nach einer solchen Wahlniederlage, wie wir sie 2009 erlebt haben, hat es in der Geschichte der BRD noch nicht gegeben, mehr als 4 oder 5% ging es nach Abstürzen nie bergauf. Trotzdem hatten wir uns natürlich ein Ergebnis erhofft, das zumindest an der 30er Marke kratzt. Aber verlorenes Vertrauen erneuert sich nicht so schnell. Zweitens ist nämlich die *Glaubwürdigkeit* immer noch die Achillesferse der SPD; man glaubt uns oft schlicht nicht, das umzusetzen, was wir ankündigen. Umso wichtiger ist es, auch nach der Wahl daran festzuhalten. Und drittens blieb die Wahlbeteiligung mit 71,5% nur minimal über dem Allzeit-Tief von 2009, viel weniger als wir erhofft hatten (Sigmar: „bei 75% Wahlbeteiligung wird Peer Steinbrück Kanzler“). Eine ausreichende Mobilisierung ist uns also nicht gelungen, was v.a. durch die zu keiner Zeit vorhandene *Machtperspektive* zu erklären ist. Seit Mai 2012 hat keine Umfrage mehr SPD und Grüne bei einer Mehrheit der Mandate gesehen; eine andere Option die Regierung zu führen hat die SPD ausgeschlossen. Peer Steinbrück als Kanzler war mit dem Ausschluss der Option Rot-Rot-Grün quasi undenkbar, da blieben viele WählerInnen der Urne fern.

Die Ausgangslage nach dem Konvent

Direkt nach der Wahl hat die SPD einen Parteikonvent abgehalten und somit den Trend

stärkerer Mitgliederbeteiligung der letzten Jahre fortgesetzt. Der Konvent hat Sondierungen mit der



Union erlaubt, die Aufnahme möglicher richtiger Koalitionsverhandlungen mit der Union muss ein neuer Konvent beschließen. Am Ende solcher möglichen Verhandlungen stimmt die Partei über eine möglichen Koalitionsvertrag ab. Das WIR unserer Mitglieder entscheidet. Ich befürworte das sehr, denn nicht nur steht es der SPD allgemein gut zu Gesicht Beteiligung in

entscheidenden Momenten zu organisieren, sondern es bietet auch die Möglichkeit, dass die Partei geeinter aus der schwierigen Situation hervorgeht, als wenn alle Macht nur bei der Parteispitze läge.

Viele fordern nun auch Sondierungen mit Linken und Grünen über Rot-Rot-Grün (RRG). Ich lehne das in der momentanen Situation ab. Für die Koalitionsaussagen muss das gleiche wie für die Inhalte gelten, nämlich Glaubwürdigkeit. Die SPD hat vor der Wahl (gegen den Rat der Jusos!) eine Koalition mit den Linken ausgeschlossen, und zwar wiederholt und vehement. Das jetzt über Bord zu werfen würde der Partei massiv im Ansehen schaden. Stattdessen muss es einen Annäherungs- und Diskussionsprozess geben, die Parteispitzen inklusive, der Diskussionspunkte für ein RRG-Bündnis nach der nächsten Wahl benennt (und das sind einige: Außen, Europa, Sozialversicherungen oder Geschichtsaufarbeitung seien nur beispielhaft genannt) und möglichst ausräumt. Wenn es eine tragfähige inhaltliche, strategische und auch personelle Basis gibt, kann sich die SPD auch getrost Wahlen stellen ohne etwas auszuschließen (siehe NRW). Wer hingegen jetzt ein RRG-Bündnis fordert – ohne Vorbereitung, mit einer hauchdünnen Mehrheit und gegen die explizite gegenteilige Ankündigung der SPD – läuft Gefahr, das Projekt dauerhaft zu diskreditieren.

Große Koalition: Die inhaltliche Perspektive

Was ist also mit der GroKo? Der Politikwechsel, für den die SPD angetreten ist, die Inhalte für die die SPD gewählt wurde, sind mit der Union nur unwahrscheinlich durchsetzbar. Einen allgemeinen

gesetzlichen Mindestlohn lehnt die Union ebenso ab wie die dringend nötige Erhöhung einiger Steuern um Bildung, Betreuung und Infrastruktur zu verbessern. Auch gesellschaftspolitisch ist die Union rückschrittlich, lehnt etwa die volle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ab, oder eine echte doppelte Staatsbürgerschaft. Am unsinnigen Betreuungsgeld hält sie fest. Sie klammert sich an die Zwei-Klassen-Medizin und verweigert eine vernünftige Rentenreform gegen Altersarmut oder den überfälligen Ausbau der Pflege. Kurzum: Schwer vorstellbar, dass etwas Zustimmungsfähiges bei den Verhandlungen rausspringt. Andererseits hat die Union in den letzten Jahren viele ihre radikal-neoliberalen Positionen eingeschränkt, oder nur zugunsten der FDP gehalten. Auch in der Union wissen viele, dass der Staat mehr Einnahmen braucht. 70% der Unionsanhänger sind für unser Mindestlohnmodell. Und bei Gleichstellung treibt das Verfassungsgericht die Union vor sich her. Mal sehen was da rauskommt.

Große Koalition: Die strategische Perspektive

Viele sagen jetzt, dass die SPD eine Große Koalition meiden soll wie der Teufel das Weihwasser. Schließlich sei die Partei durch die GroKo 2005-09 verzerrt und ausgehöhlt worden. Tatsächlich ist eine Große Koalition angesichts der Größe der Union schwierig, und die Gefahr ist groß, dass selbst mögliche Erfolge einer neuen Regierung der Union zugerechnet werden, Misserfolge aber uns. Neben der aberwitzigen Popularität Merkels zu bestehen wäre eine Herausforderung. Andererseits hat die SPD in

der Zeit der letzten GroKo insgesamt eine miese Figur abgegeben und war innerlich tief zerstritten (ähnliches gilt für die FDP, die jetzt von Merkel „aufgefressen“ wurde). Die Klarheit über zentrale Regierungsprojekte damals war nicht da, heute ist die Einigkeit in der SPD größer. Noch dazu hat unsere Partei mit Rente 67 und Mehrwertsteuererhöhung ohne Not riesige Loser-Themen von selber eingebracht. Auch die staatstragende Unterordnung unter die Kanzlerin ohne großes Eigenprofil wird die SPD nicht noch einmal machen. Zudem sind wir eine Gestaltungsmacht im Bundesrat. Schließlich: Ob die Große Koalition zwingend eine Bremse für den Annäherungsprozess RRG ist, oder gerade eine SPD, die aus der Regierung kommt, Ängste vor einem Dreierbündnis links der Mitte nehmen kann, ist nicht ausgemacht.

Zum Schluss

Untergehen wird die SPD auch in einer großen Koalition wohl nicht, aber sie könnte sehr geschwächt werden, wenn sie ihre Inhalte für ein paar Minister(innen)posten verkauft. Die Glaubwürdigkeit und die Inhalte müssen der Maßstab sein, genau darüber (und nicht über Personen) stimmen wir am Ende ab. Eine Große Koalition ist unwahrscheinlich aber nicht ausgeschlossen. In jedem Fall muss die Option Rot-Rot-Grün endlich ernsthaft und systematisch angegangen und bis zur nächsten Wahl ermöglicht werden, damit wir nie wieder in eine Wahl gehen ohne ernsthafte Chance, den/die Kanzler/in zu stellen.

Landesverband

Wahlanalyse für Sachsen aus sozialdemokratischer Sicht

Sebastian Storz
basti.storz@gmail.com

Gestiegene Wahlbeteiligung, schwächere LINKE, schwächere Grüne, eigentlich sind einige Bedingungen erfüllt, um ein besseres Ergebnis erwarten zu können. Pustekuchen, magere 13.000 Stimmen mehr ergeben einen leichten Zuwachs in den absoluten Zahlen. Wir treten weiter auf der Stelle, wenn wir uns das prozentuale Ergebnis anschauen. 14,6 Prozent sind kein gutes Ergebnis, wir entziehen

uns sogar den leichten Gewinnen, die bundesweit zu verzeichnen sind. Um das sächsische Ergebnis einzuordnen,

muss auch erwähnt werden, dass es in Ostdeutschland allgemein nicht vorwärts ging. Somit bleibt für die Bundes SPD nur zu hoffen, dass sie die Signale hört und stärker auch spezifische ostdeutsche Probleme inhaltlich thematisiert.



Blieben wir aber in Sachsen, denn in einem Jahr steht die Landtagswahl vor der Tür und die richtigen Schlüsse müssen jetzt gezogen werden. Die SPD war „stark“ in den Großstädten. Dort liegt sie überall, oberhalb des sachsenweiten Durchschnitts. Rund 9.500 der 13.000 Stimmen, die wir hinzugewinnen konnten, kommen aus Leipzig, Dresden und Chemnitz.

Erstes Fazit: Wir können ein gutes Ergebnis nur dann erreichen, wenn wir in den Großstädten gute Ergebnisse erzielen.

Schaut man sich die Ergebnisse im ländlichen Raum an, fallen zwei Dinge auf. Die SPD schafft es auch rund um Leipzig (Nordsachsen/Leipziger Land) und im Vogtland über dem Durchschnittsergebnis zu liegen. In Nordsachsen und Vogtland erzielen wir solche Ergebnisse, da Direktkandidaten vor Ort vergleichsweise gute Ergebnisse erreicht haben. In der Vielzahl von Landkreisen gelingt uns das nicht.

Zweites Fazit: Uns gelingt es nach wie vor nicht, Antworten für die Menschen im ländlichen Raum zu finden.

Wenn man das Verhältnis von Erststimme zu Zweitstimme betrachtet, ist in mehr als Zweidrittel der Wahlkreise ein deutliches, uns gelingt es nicht die Erststimmenergebnisse in die Zweitstimme zu transportieren. Denn wir liegen mit dem Erststimmenergebnis ungefähr 1,6 Prozentpunkte über dem Zweitstimmenergebnis. Das gleiche Phänomen sehen wir bei DER LINKEN. Das hat nicht nur damit zu tun, dass die Wähler_innen von kleineren Parteien ihre Stimme meist splitten (Grüne sind nur 0,4 Prozentpunkte im Zweitstimmenergebnis besser als in der Erststimme), denn das würde bedeuten, dass die Stimmen generell im linken politischen Lager bleiben würden, was auf Sachsen bezogen nicht stimmt.

Drittes Fazit: Wir müssen den Menschen klar machen, dass wenn sie bereit sind eine sozialdemokratische Bewerber_in zu wählen, brauchen wir auch deren Zweitstimme, um den Gewicht zu verleihen wofür der die Bewerber_in vor Ort streitet.

Die sächsischen Jungsozialist_innen kämpfen für R2G also für rot-rot-grün. Unsere Wunschkoalition für die Landtagswahl 2014 ist gemäß dem

Bundestagswahlergebnis nur schwerlich zu erreichen. Die Grünen würden knapp an der 5-Prozent-Hürde scheitern. SPD und Linke kommen auf knapp 35%. Die FDP kommt auf 3,1 Prozent und wäre damit ebenfalls nicht mehr im sächsischen Landtag vertreten. 42,6% würden auf die Union entfallen, die damit eine absolute Mehrheit erreichen würde. Neu vertreten wäre die Alternative für Deutschland. Dafür würde die NPD nicht mehr einziehen. Das linke Lager kommt zusammen auf rund 39,5 Prozent der Stimmen. Das bürgerliche Lager auf rund 45,5 Prozent. Das erschreckende ist das rechtspopulistisch-rechtsradikale Lager aus dem Stand auf rund 10 Prozent der Wähler_innenstimmen kommt.

Viertes Fazit: Für das linke Lager in Sachsen wird es nach derzeitigen Stand schwer, eine politische Mehrheit zu erzielen, erst Recht für eine gesellschaftliche Mehrheit. Ein wichtiges Ziel für uns Jusos muss weiterhin sein, sowohl NPD wie AfD aus dem Landtag herauszuhalten.

Zurecht darf in dem Punkt angefügt werden, dass eine Bundestagswahl keine Landtagswahl ist. Das linke Lager hat bei Betrachtung der sächsischen Ergebnisse zur Bundestagswahl 2009 und 2013 rund 6 Prozentpunkte verloren (45 Prozent 2009). Das Ergebnis der Landtagswahl vom linken Lager betrug 2009 37,6 Prozent. Dieser Verlust darf sich nächstes Jahr nicht wiederholen. Die SPD muss hart kämpfen, wenn sie ihr von Martin Dulig ausgegebene Ziel von 20% erreichen will. Es kann eigentlich nur darum gehen, zu verhindern, dass die CDU in Sachsen allein regieren kann. Es bleibt ebenso zu hoffen, dass die AfD und NPD sich gegenseitig so viel Stimmen wegnehmen, dass sie beide unter 5 Prozent landen.

Im übrigen täte SPD, LINKE und Grüne gut daran, wenn sie ihr politischen Überzeugungen in die Waagschale werfen, um den sozial Benachteiligten eine wirkliche Chance zu geben. Denn diese Gruppe war weit weniger häufig wählen, als es wünschenswert für sie wäre. Wenn sie glaubwürdig ein linkes Bündnis sehen, was für sie etwas verändert, dann gehen vielleicht auch diese Wähler_innen zur Wahl und nicht nur die Menschen aus den Villenvierteln.

Letztes Fazit: Wahlbeteiligung in Sachsen gestiegen, in den sozialen Brennpunkten nicht, daher ist klarer Auftrag, unser soziales Profil weiter zu schärfen.

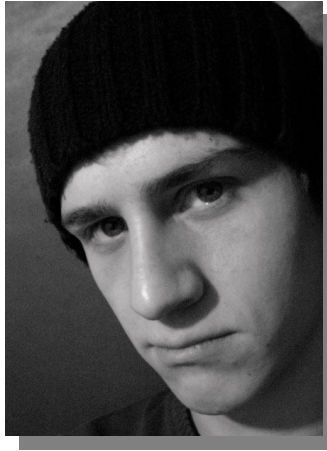
Der JN die Tour vermasseln – am 5. Oktober in Döbeln

Stefan Brauneis

stefan.brauneis@jusos-sachsen.de

Am 18.2. diesen Jahres verhängte der Sächsische Innenminister Markus Ulbig ein Organisationsverbot gegen die „Nationalen Sozialisten Döbeln“ (NSD). Bei anschließenden Hausdurchsuchungen wurden verfassungsfeindliche Propagandamaterialien, Computer und Waffen beschlagnahmt. NPD und JN erkannten sofort ihre Chance. Nachdem es zuletzt, insbesondere in Sachsen, erhebliche Reibereien zwischen der rechtsextremen Partei und „Freien Kräften“ gegeben hatte, bot sich nun in Döbeln die Möglichkeit, erneut den Schulterchluss mit der Kameradschaftsszene zu suchen. Ein strategisch wichtiger Schritt für die NPD, gerade mit Blick auf die Landtagswahlen im nächsten Jahr, bei denen man die Unterstützung parteiungebundener Neonazis gut gebrauchen kann. Wichtige Köpfe der NSD wurden also mit Mitgliedsbüchern der JN ausgestattet. Die Döbelner Neonazis können so das Vereinigungsverbot unter dem Schutz des Parteiengesetzes unterlaufen und JN und NPD haben die Chance, wieder stärkeren Anschluss an die Szene zu finden.

Für den 5. Oktober hat der sächsische JN-Vorsitzende Paul Rzehaczek nun eine Demonstration in Döbeln unter dem Titel „Der Drang nach Freiheit – Gegen Repression und Polizeiwilkkür“ angemeldet. Hauptredner: Maik Scheffler, Stelv. NPD-Vorsitzender in Sachsen und bekannt als eine der wichtigsten Verbindungspersonen zwischen NPD und Freien Kräften im Freistaat. Offensichtlich will man



seitens der NPD die Situation in Döbeln nutzen, um landesweit in der Nazisszene zu punkten. Entsprechend breit läuft die Mobilisierung, so dass wir mit mehr als 300 Nazis auf der Demonstration in Döbeln rechnen müssen.

Wir wollen ihnen diese Nummer ordentlich verhageln. Die Jusos Mittelsachsen engagieren sich deshalb im Bündnis „Döbeln ist bunt!“. Angesichts der überregionalen Bedeutung des Aufmarschs und der breiten Mobilisierung durch die JN brauchen wir jedoch überregionale

Unterstützung, um den Nazis wirksam etwas entgegen zu setzen. Wir laden euch deshalb für den 5. Oktober nach Döbeln ein und rufen die sächsischen Jusos dazu auf, mit uns gemeinsam den Nazis einen gehörigen Strich durch die Rechnung zu machen.



Ab 12:00 Uhr startet vom Döbelner Körnerplatz eine antifaschistische Demonstration. Ab 13:30 Uhr ruft das Bündnis „Döbeln ist bunt!“ zu einer Kundgebung am Bahnhof Zentrum (Ostbahnhof), dem vermuteten Startpunkt des Naziaufmarschs auf, um Protest in Hör- und Sichtweite zu tragen.

Wir sehen uns in Döbeln, machen uns zusammen 'nen Bunten und versauen den Nazis richtig den Tag! Bis dahin bekommt ihr alle wichtigen Infos hier:

<http://doebelnbleibtbunt.blogspot.de/>

<https://www.facebook.com/buntesdoebeln>

<http://nrdsnazifrei.blogspot.de/>

Landesarbeitskreise

Europa und Internationales – Ausschreibung Brüsselfahrt

Nadja Sthamer und Benjamin Göhler
nadja.sthamer@constanze-krehl.eu

Liebe LAK Europa und Internationales Menschen,
liebe Jusos,

wir fahren nach Brüssel!



Vom 30.11. bis zum 03.12.2013 wollen wir als LAK Europa und Internationales auf Einladung unserer Europaabgeordneten Constanze Krehl gemeinsam nach Brüssel fahren.

Neben der Besichtigung des Europäischen Parlaments und einem Gespräch mit Constanze über ihre Arbeit, werden wir uns noch mit der FES Brüssel sowie dem Europäischen Gewerkschaftsbund treffen. Natürlich wollen wir auch die schöne Tradition fortführen uns mit Juso-Gliederungen anderer Länder zu treffen, sodass geplant ist eine gemeinsame Diskussionsrunde mit ANIMO zu organisieren und vielleicht sogar schon erste Ideen für gemeinsame Aktionen zur Europawahl 2014 zu sammeln! Neben der ganzen Arbeit sollen das Sightseeing und das Brüsseler Nachtleben natürlich auch nicht zu kurz kommen.

Also hier noch einmal die Hardfacts:

Wohin? Brüssel

Wann? Sehr früher Morgen des 30.11. - sehr später Abend des 03.12.2013

Wieviele? 15 Teilnehmer*innen

Eigenkosten? 30-60€ nach Selbsteinschätzung, Taschengeld

Anmeldung? Bis spätestens zum **15. Oktober 2013*** den Anmeldeschnipsel an nadja.sthamer@constanze-krehl.eu schicken

Fragen? Mail an: nadja.sthamer@constanze-krehl.eu/ Tel.: [+491626709161](tel:+491626709161)

* Im Falle einer kurzfristigen Absage müsst ihr leider die Ausfallkosten für die An- und Abreise selbst übernehmen.

Sollten sich mehr Personen als verfügbare Plätze zurückmelden, dann erfolgt die Auswahl durch Nadja Sthamer und Benjamin Göhler als Sprecher_innenduo des LAK Europa & Internationales unter Berücksichtigung einer Ausgeglichenheit der Geschlechter, der Unterbezirke und mit besonderen Augenmerk auf Aktivität im Landesarbeitskreis.

Wir freuen uns auf eine schöne Fahrt mit euch! Falls ihr noch Fragen habt, dann meldet euch einfach!

Mit internationalen Grüßen,
Nadja Sthamer und Benjamin Göhler
Sprecher_innenduo LAK Europa & Internationales

+++++++schnipp+++++++

Ich will mit zur Bildungsfahrt der Jusos Sachsen nach Brüssel!

Dein Name: _____

Deine Telefonnummer: _____

Deine E-Mailadresse: _____

Dein Unterbezirk: _____

Dein Abreiseort: _____

Dein Alter bei der Fahrt: _____

Ernährungsgewohnheit (vegan/vegetarisch/alles): ____

Was ich noch zu sagen hätte: _____

+++++++schnapp+++++++

Unterbezirke und Hochschulgruppen

UB Dresden

Stefan Engel

stefan.engel@jusos-dresden.de

An dieser Stelle könnte jetzt



eine längere Aufzählung über alle möglichen Wahlkampfaktivitäten Dresdner Jusos stehen, die bei uns selbst oder auch in den Ortsvereinen stattfanden. Da ich euch aber nicht langweilen möchte, will ich mich auf ein paar wenige Aspekte beschränken: ;-)

Gefreut haben wir uns besonders, als Anfang September der Juso-Bundvorsitzende Sascha Vogt für einen kompletten Wahlkampftag nach Dresden kam. Bei eher suboptimalem Wetter waren wir u.a. am Dresdner Hauptbahnhof präsent, haben in der Mittagspause vor einer Berufsschule Kaffee verteilt und Gespräche gesucht und waren anschließend in netter Runde in der allseits bekannten „Bierstube“ an der TU Dresden. Wie in den Tagen zuvor, haben wir auch zusammen mit Sascha die Stadt mit weiteren „Nazis wegpiepen“ bzw. „Nazis einen Vogel zeigen“-Plakate

gehängt und waren dann zum Tür-zu-Tür-Wahlkampf in mehreren Studierendenwohnheimen unterwegs.

Gut in Erinnerung geblieben ist aus meiner Sicht auch der Kneipenwahlkampf: Die Dresdner Neustadt wurde mehrfach komplett bestückt und die Reaktionen waren fast durchweg positiv. Parallel dazu wurden auch mehrere Dresdner Clubs mit Stempeln ausgestattet, die die verkaterten Seelen am nächsten Morgen an den anstehenden Wahltermin erinnern sollten. Einige Clubs hatten sogar noch unsere Stempel aus dem Jahr 2009 parat.. Zumindest in Hinblick auf die in Dresden um über sechs Prozentpunkte gestiegene Wahlbeteiligung ist das Konzept anscheinend aufgegangen.

Aufgegangen ist übrigens auch unsere Zusammenarbeit mit der



Linksjugend und der Grünen Jugend. Anlässlich des Merkel-Besuchs auf dem Dresdner Neumarkt haben wir gemeinsam eine Protestaktion organisiert, die

auf einige Beachtung, aber natürlich auch auf viele böse Blicke traf. ;)

Absolut unerwünschte Besucher gab es in Dresden allerdings auch: Im Abstand von wenigen Tagen machten sowohl „Pro Deutschland“ als auch die NPD mit ihren Touren Station in Dresden. Während die



Pro-Hanseln in Anzahl und Auftreten eher wie eine schlechte Laienschauspielertruppe wirkten, war ein breiter Gegenprotest gegen die NPD bitter nötig: Im Wissen um eine gute Tontechnik wurde der Dresdner Postplatz von der versammelten NPD-Prominenz stundenlang mit den üblichen platten Parolen beschallt, während sich wenige Meter entfernt trotz der Kurzfristigkeit einige hundert GegendemonstrantInnen eingefunden hatten.

Im Hinblick auf den Oktober werden wir auch in Dresden

natürlich nach und nach wieder die „normale“ Juso-Arbeit beginnen. Leider ist „Die Genossenschaft“ auch nach wie vor eine Baustelle, aber wir hoffen, dass sich dieser

Zustand im Laufe des Monats ändern wird.

Am 19. Oktober findet dann übrigens auch wieder unsere nächste Juso-Vollversammlung

statt. Ab 15 Uhr werden wir über ein neues Arbeitsprogramm, und inhaltliche Anträge beraten, aber auch einen neuen Vorstand wählen. Alle Interessierten sind dazu natürlich herzlich eingeladen.

SV Leipzig – Hupen für den Wechsel

Matthias Köhler

matthiaskoehler@gmx.net

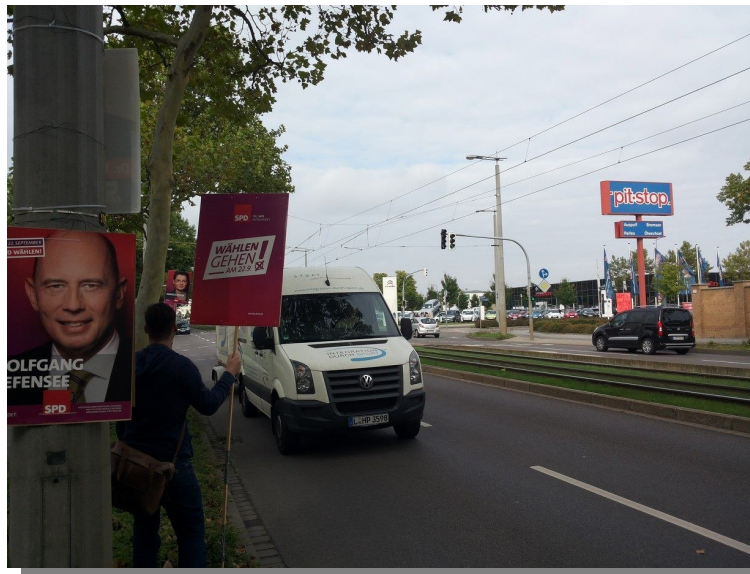
Wahlkampf macht Spaß! Das haben wir Leipziger Jusos in den vergangenen Wochen unseres Bundestagswahlkampfes wieder einmal erleben können. Wir hatten durchweg gute Gespräche an den Berufsschulen, vor die wir uns in der Frühstückspause mit frischem Kaffee stellten. Bis in den Wahlsonntag hinein waren wir beim Nachwahlkampfstand in der Leipziger Innenstadt dabei und versuchten noch bis zur buchstäblich letzten Minute, die vorbeischlendernden Menschen für unsere Themen zu begeistern. Bei guter Musik, einigen erfrischenden Getränken und einer unschlagbaren Stimmung fiel uns das allerdings auch nicht schwer.

Allen Aktionen voran stand aber ganz klar unser „Hupen für den Wechsel“. In zwei ausgiebigen Bastelstunden hatten wir zuvor neun riesige Schilder mit Schriftzügen wie „HUPEN FÜR MEHR KITAS“ oder „HUPEN FÜR DEN MINDESTLOHN“ gestaltet. Hinzu kamen noch einige

Fahrradhupen, die uns in die Lage versetzten, auch ohne Auto entsprechende Klänge von uns zu geben. Dann ging es auf die Straße. Gewappnet mit Schildern und Hupen nahmen wir Gehweg und Straßenbegleitgrün an so mancher verkehrsreichen Fahrbahn Leipzigs in Beschlag und befragten die AutofahrerInnen, auf eine

Lippen. Die FußgängerInnen in unserer Nähe bekamen selbstredend auch ihre Portion Unterhaltung. Damit erreichten wir innerhalb kurzer Zeit hunderte Menschen mit unseren Botschaften.

Nach etwa zwei Stunden zogen wir mit trockener Kehle und vom vielen Lachen verkrampften Wangen wieder in die Geschäftsstelle ein, legten Schilder und Hupen ab und waren uns in einer Sache einig: Ein guter Wahlkampf lebt nicht nur von einer hohen Zahl verteilter Flyer oder aufgehängter Plakate. Ein guter Wahlkampf lebt von begeisterten WahlkämpferInnen und dem frischen Wind, den jene immerzu in den manchmal verstaubten politischen Betrieb



zugegeben ungewöhnliche Art, was sie von unseren Forderungen halten. Die Resonanz war großartig! Oft brachten wir ganze Autokolonnen dazu, kräftig auf die Hupe zu drücken. Und selbst wenn sie es nicht taten, zauberten wir den meisten Vorbeifahrenden doch zumindest ein Lächeln auf die

bringen. Er lebt von Menschen, die mit sichtlicher Freude für eine bessere Politik eintreten und immer wieder neue Wege ausprobieren, um die WählerInnen zu erreichen. Das haben wir getan. Es hat Spaß gemacht!

Juso-Hochschulgruppen Sachsen – Semesterstart!

Gerald Eisenblätter
gerald.eisenblaetter@jhg-sachsen.de

Pünktlich Mitte Oktober beginnt in den Hochschulen der Lehrbetrieb: Zeit für unsere Juso-Hochschulgruppen die ersten Mitgliedertreffen abzuhalten, Neumitglieder zu begrüßen und das Semester zu planen. Wann die jeweils ersten Treffen in Dresden, Chemnitz oder Leipzig stattfinden, kann den Ankündigungen auf www.jhg-sachsen.de entnommen werden.

Bereits jetzt steht fest, dass das Bundeskoordinierungstreffen (BKT) vom 22. bis 24. November in Berlin über die Bühne gehen wird, wobei der Freitagabend dem Festakt zum 40-jährigen Jubiläum gewidmet ist und am Samstag die Wahlen des neuen Bundesvorstandes auf der Tagesordnung stehen. Sicherlich ein guter Anlass mit einer starken sächsischen Delegation nach Berlin zu reisen. Im Vorfeld des BKT werden wir gemeinsam die Anträge beraten: Dies geschieht i.d.R. auf einem Landeskoordinierungstreffen (LKT), welches Anfang November stattfinden soll. Auf diesem muss auch eine neue quotierte Landeskoordination gewählt werden – Bewerbungen sind herzlich willkommen.

Abseits der Bundespolitik, welche in den kommenden Monaten sicherlich weiter im



Fokus steht, gilt es ebenso die sächsische Landespolitik zu begleiten sowie die anstehenden Landtagswahlen aus hochschulpolitischer Perspektive vorzubereiten. Der Startschuss hierzu fiel bereits auf der LDK. Ausgehend von unseren Leitlinien sollen weitere Forderungen und Positionen diskutiert werden, damit wir 2014 glaubwürdige Alternativen anbieten können und so im Wahlkampf für einen Wechsel werben.

Ein Thema, was sicher auch im Wahlkampf wieder erscheinen wird, ist das Hochschulgesetz. Jüngst hat die SPD-Landtagsfraktion das Gutachten des Juristischen Dienstes zum Hochschulfreiheitsgesetz präsentiert. Vier Mal tauchen verfassungsrechtliche Bedenken auf. Dies in Hinblick auf Langzeitstudiengebühren, Lehrprofessuren und Haftungsrechte von Hochschulratsmitgliedern. Darüber hinaus werden weitere Kritikpunkte untermauert, aber

informiert Euch selbst unter <http://holger-mann.spdsachsen.de/aktuelles/kritik-hochschulfreiheitsgesetz-durch-gutachten-untermauert>.

Neben dem Dauerbrenner „Hochschulgesetz“ wird in den kommenden Monaten auch das Thema „Gutes Studium – Umsetzung des Bologna-Prozesses“ in den Fokus rücken. Hierzu hatte die SPD-Landtagsfraktion eine Große Anfrage gestellt, welche nunmehr beantwortet vorliegt. Die Auswertung sowie Folgerungen sollen auf der kommenden Hochschultour von Holger Mann, Sprecher für Hochschule und Wissenschaft, vorgestellt werden. In bewährter Praxis sind in den Mittagsstunden Aktionsstände geplant, finden am Abend Diskussionsveranstaltungen statt und werden im Verlauf des Tages Gespräche, bspw. beim Studierendenfrühstück, geführt. Nutzt doch die Gelegenheit und schaut an den jeweiligen Tagen einfach mal vorbei. Kurz vorm Start gibt es alle Infos unter www.hochschultour.de; hier schon mal die Eckdaten:

- 21.10.: Freiberg
- 22.10.: Chemnitz
- 23.10.: Zwickau
- 24./25.10.: Leipzig (mit Stationen an der Berufsakademie, HTWK und Uni)
- 4.11.: Görlitz
- 5./6.11.: Dresden (mit Stationen an der HTW und TU)

Quiz-Satire-Ecke

Das bunte Juso-Quiz



Wie immer könnt ihr am Ende des Newsletters euer Wissen über den Verband, die Partei oder alles, was dazu gehört, testen. Heute geht es um Regierungskonstellationen...

- 1) Wie viele Stimmen haben Länder, in denen die SPD an der Regierung beteiligt ist, momentan im Bundesrat? (Hinweis: insgesamt gibt es 69 Stimmen)

30	42
54	66

- 2) In welchem dieser Länder gab es bereits eine Libanonkoalition?

Thüringen	Saarland
Hessen	Keines davon

- 3) In wie vielen Ländern ist die FDP an der Regierung beteiligt?

0	1
2	3

>>> Die Lösungen findet ihr nach dem Zitat des Monats!

Zitat des Monats

"Demokratische Wahlen sind auch dann demokratische Wahlen, wenn das Volk die Hamas wählt."

Egon Bahr (geb. 1922), SPD, Bundesminister a.D.

Quizauflösung

- 1) Es sind 54 Stimmen – ganz im Gegensatz zum Bundestag ist dieses Gremium also SPD-dominiert.
- 2) Rot-Rot-Grün bezeichnet man auch als Libanonkoalition, da sich die libanesische Flagge aus zwei roten Streifen und einem grünen Zedernbaum dazwischen zusammensetzt. Eine solche Konstellation gab es in Deutschland noch nie – weder auf Bundes- noch auf Landesebene, auch wenn diese Option schon manchmal sehr ernsthaft diskutiert wurde.
- 3) Es sind tatsächlich noch drei Länder, da sich in Bayern und Hessen noch keine neuen Regierungen konstituiert haben. Danach wird aber höchstwahrscheinlich Sachsen das einzige Land mit Regierungsbeteiligung der Liberalen sein.

Team & Redaktionsschluss nächster Newsletter

Newsletter November 2013:

Redaktionsschluss 26. Oktober 2013



Erscheinungsdatum 01. November 2013

Bitte sendet eure Beiträge an:

newsletter@jusos-sachsen.de

Dieser Newsletter entstand komplett mit OpenOffice.org
- der freien OfficeSuite, kostenlos auf der CD-Red oder
unter <http://de.openoffice.org> herunterladen.

*** Gerhard Schröder über Wladimir Putin**